

(Abgeordneter Sindermann.)

(A) Dann beachten Sie noch, aus was die meisten Kämpfe bei uns in Deutschland entstanden sind; da haben Sie auf der rechten Seite gar keine Ursache, sich über stattgefundene Streiks aufzuregen. Ob das Angriffsstreiks oder Abwehrstreiks waren, bleibt gleichgültig. Im Laufe der Zeit sind die Lebensmittelpreise so ungeheuer gestiegen, daß man im Verein mit den Wohnungsmieten davon reden kann, daß die Lebenshaltung selbst doppelt so teuer geworden ist wie früher. Und dann beachten Sie, wem das zugute kommt. Da hat die Arbeiterschaft ein Recht zu sagen: die deutschen Großgrundbesitzer sind unsere Kostgänger geworden, wir haben ihnen die Taschen gefüllt, da sollen wir jetzt einen Dank kriegen, wir sollen nicht mehr protestieren gegen die konservative und agrarische Begehrlichkeit, wir sollen nicht mehr imstande sein, uns gegen die Gesetze, die uns unsere Lebenshaltung verschlechtern, zu rühren; deshalb fängt man auf wirtschaftlichem Gebiete an, unsere Organisationen zu erdrosseln, uns vollständig die Mittel aus der Hand zu schlagen, mit denen es uns jetzt möglich war, uns bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Ich meine, das erreichen Sie nicht, das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Und wenn davon gesprochen wurde, daß es notwendig ist, einen solchen Schutz einzuführen schon deswegen, weil die sozialdemokratischen Organisationen die Autorität des Staates untergraben wollten, so meine ich, um derartiges zu behaupten, muß man jedenfalls an den Zuständen, wie sie sich in den letzten Wochen bei uns offenbart haben, einfach vorübergegangen sein. Nehmen Sie Notiz davon: wer ist es gewesen, der in den letzten Wochen unausgesetzt die Autorität des Staates untergraben hat? Wer hat die Reichsregierung, den Bundesrat dadurch vollständig in den Winkel zu stellen gesucht, daß er das militärische Regiment, wie es in Zabern hervorgetreten ist, fortwährend gelobt hat? Ist das nicht ein Ausspielen der Autokratie gegen die Einzelregierungen und gegen die Demokratie? Selbstverständlich, wir wollen uns nichts darüber vormachen, Herr Kollege Schmidt, Sie haben es deutlich ausgesprochen, daß Sie nicht nur Ausnahme Gesetze wünschen, sondern Sie wünschen, daß die Ausnahme Gesetze mit aller Schärfe durchgeführt werden. Da können Sie sich nicht zurückziehen, wie Ihr Herr Fraktionskollege Dr. Schanz, der gesagt hat: wir wollen keine Ausnahme Gesetze, sondern nur Sondergesetze. Der Herr Abgeordnete Schmidt ist konsequenter, ist ein besserer Draufgänger. Er ist reaktionärer und versteht es nicht so, Versteck zu spielen.

Wir legen vor allen Dingen Gewicht auf die Aussprüche, die hier gefallen sind, und wenn man die Staatsregierung scharf macht, Ausnahme Gesetze zu schaffen, unter-

gräbt man die Autorität des Staates. Können Sie sie (C) besser untergraben als dadurch, daß Sie Ausnahme Gesetze schaffen? Sie beseitigen dadurch jeden Zweifel bei dem indifferenten Arbeiter, demjenigen, der vielleicht heute den Weg zur Gewerkschaftsorganisation noch nicht gefunden hat. Er sagt sich: wenn deine Klassengenossen mit so scharfen Urteilen belegt werden und so scharf verurteilt werden — wie es von meinen Fraktionskollegen in der zweitägigen Debatte vorgeführt wurde —, dann gibt es kein Recht mehr für dich, dann bist du rechtlos, und dann muß auch die Zahl derjenigen sich vermehren, die in der Organisation wirksam gegen die Rechtlosigkeit ankämpfen.

(Sehr richtig! links.)

Das wird hervorgerufen werden. Deshalb könnten wir uns über den Verlauf der Debatte freuen, wenn wir nicht auf dem Standpunkte stünden, daß der Gerechtigkeit ein Schlag versetzt wird. Ich weise darauf hin, was heute morgen in der „Berliner Volkszeitung“ steht. Die „Berliner Volkszeitung“ schreibt, daß bei der Regierung die Absicht bestehe, den Teil des neuen Strafgesetzbuches, der sich auf den Schutz der Arbeitswilligen bezieht, schon in nächster Zeit als Novelle zu dem geltenden Strafgesetzbuche dem Reichstage vorzulegen. Die Anregung geht von den Regierungen einiger deutscher Bundesstaaten (D) aus, an deren Spitze Sachsen steht!

(Hört, hört! und Bravo! rechts. — Zuruf: Das wäre nicht verwunderlich!)

Nach den Erklärungen, die der Herr Justizminister und der Herr Minister des Innern am Mittwoch abgegeben haben, kann ich noch nicht daran glauben, aber ich erwarte, daß, um dem sozialen Frieden zu dienen, sich die sächsische Regierung nicht scharf machen lassen wird, sondern daran denken muß, daß in Sachsen vier Fünftel der Bevölkerung aus der Industrie, der Arbeiterschaft zusammengesetzt sind, und da geht es nicht, wenn ein Fünftel mit der Regierung gegen vier Fünftel die Gesetze macht. Das wird die Autorität des Staates und der Behörden untergraben, und es ist selbstverständlich, daß man mit der Untergrabung der Autorität nicht vor der Reichsregierung Halt macht. Das sind dieselben Leute, die im konservativen Verein von Dresden ein sogenanntes Glückwunschtelegramm an den Obersten von Reuter geschickt haben. Die Glückwunschtelegramme aus ganz Deutschland waren der schärfste Protest gegen die Autorität in Deutschland. Deshalb kommen Sie nicht mehr mit der Rede, daß wir die Autorität des Staates und der Behörden untergraben wollen. Das besorgen Sie so gründlich, daß man wahrhaftig darüber staunen muß.